

1  
2  
3  
4  
5  
6  
1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40

# Beschlussbuch

der ordentlichen Bezirkskonferenz  
der Jusos Oberbayern

vom 27. November 2005

in Erding

1  
2  
3  
4  
5  
6  
1  
2  
3  
4  
5  
6

7

# Leitantrag Familienpolitik

8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28

1  
2  
3  
4  
5  
6

1Antragsteller: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

2Adressat: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

3

#### 4Leitantrag Familienpolitik

5

##### 61. Präambel

7 Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle politischen  
8 Bereiche zieht. Sie fördert die individuellen und gesellschaftlichen Leistungen der  
9 Familie. Sie bezieht sich nicht nur auf die Familien in ihren unterschiedlichen  
10 Ausprägungen, sondern muss auch das gesamte staatliche Unterstützungs- und  
11 Ergänzungssystem im Blickwinkel haben. Im Sinne einer  
12 verantwortungsbewussten Familienpolitik müssen alle politischen  
13 Entscheidungen auf ihre Auswirkungen für Familien untersucht werden. Eltern  
14 müssen in ihrer Erziehungsfähigkeit und Verantwortung gestärkt werden. Unser  
15 Ziel muss eine Politik sein, die den Generationenzusammenhalt fördert und damit  
16 auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt.

17

18 Familien sind zentrale Leistungsträger unserer Gesellschaft. Die demographische  
19 Entwicklung der letzten Jahrzehnte fordert diese Gesellschaft heraus. Rückläufige  
20 Geburtenzahlen und die parallel dazu steigende Lebenserwartung erhöhen die  
21 Verantwortung des Einzelnen für die Aufrechterhaltung des Solidarprinzips.  
22 Neben einer Überalterung der Gesellschaft entgegenwirkenden Kinderzahl, ist es  
23 ebenfalls wichtig, die älteren Generationen in die Erhaltung dieser  
24 Solidargemeinschaft einzubinden.

25

26 Familien sind nach wie vor die wichtigste Sozialisationsinstanz. Dies leisten sie  
27 durch die Vermittlung allgemeiner Sozialkompetenzen, sowie die Weitergabe von  
28 gesellschaftlichen Werten und Normen. Versagt die Familie in dieser  
29 Erziehungsverantwortung, entstehen - neben unabsehbaren Folgen für den  
30 Einzelnen, auch dem Staat immense Kosten.

31

32 Ziel unserer Politik muss sein, mit allen Mitteln ein gesellschaftliches Klima in  
33 Deutschland zu schaffen, in dem Familien erwünscht und willkommen sind. Diese

1  
2  
3  
4  
5  
6

1 Politik muss sicherstellen, dass alle Familien die Unterstützung bekommen, die  
2 sie benötigen, um die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

3

#### 42. Definition von Familie

5

5 Familie ist da, wo Personen zusammen leben und gemeinsam den Alltag  
6 gestalten. Familien zeichnen sich weiter dadurch aus, dass Eltern für Kinder und  
7 Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen: Erziehungs- und Bildungs-  
8 verantwortung, Pflegeverantwortung, Versorgungsverantwortung und die  
9 Verantwortung, für ein gelingendes Zusammenleben.

10

11

11 Unter diese Definition fallen alle Formen von Familie: die klassische Kernfamilie  
12 mit Mutter-Vater-Kind(ern), aber auch Patchwork-Familien, Adoptiv- und  
13 Pflegefamilien, Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern und allein erziehende  
14 Frauen und Männer.

15

16

16 Familie ist aber auch da, wo verschiedene Generationen unter einem Dach leben  
17 und sich solidarisch unterstützen, sei es durch Erziehungsarbeit und/oder  
18 Pflegeleistung von Mitgliedern dieses Familienverbandes. Neben Verwandten  
19 können dies auch Menschen sein, denen man sich emotional stark verbunden  
20 fühlt.

21

#### 223. Ausgangslage/Analyse

23

23 Familien in Deutschland befinden sich in einer schwierigen Lage. In einer Zeit, in  
24 der von vielen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen immer mehr die  
25 einzelne Person und immer weniger der Staat gefordert wird, kommen auf die  
26 Familien immer größere Belastungen zu. Dem Solidarverband Familie darf jedoch  
27 nicht aufgebürdet werden, was Aufgabe des Sozialstaates ist!

28

28 Strukturelle Systemeinschnitte der rot-grünen Regierung, wie die Arbeitsmarkt-  
29 oder die Gesundheitsreform, aber auch die Einführung von Büchergeld und  
30 Studiengebühren durch konservative Landesregierungen belasten Familien mit  
31 Kindern aller Altersklassen erheblich. Aktuelle, auch nach dem Wahlkampf  
32 anhaltend diskutierte Maßnahmen, wie eine signifikante Erhöhung der  
33 Mehrwertsteuer, der Wegfall der Eigenheimzulage oder die Besteuerung der

1 Nacht- und Schichtzuschläge, werden viele Familien in Deutschland empfindlich  
2 treffen und deren finanziellen Spielraum maßgeblich einschränken. Da den  
3 Familien weniger Geld im Portemonnaie übrig bleiben wird, werden die  
4 Betroffenen – und das sind Millionen MitbürgerInnen – eine positive Entscheidung  
5 zur Familiengründung oder Vergrößerung ihrer Familien gründlich überdenken  
6 müssen. Schließlich setzt ein verantwortungsvoller Umgang mit der eigenen  
7 Erziehungsfähigkeit voraus, dass man den Kindern neben elterlicher Liebe und  
8 Fürsorge auch materielle Absicherung und nicht zuletzt den gleichberechtigten  
9 Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten gewährleisten muss.

10  
11 Seit Jahrzehnten ist ein demographischer Wandel zu beobachten: Seit Beginn  
12 der 70er Jahre übersteigen in Deutschland die Sterbefälle die Geburten; dass  
13 trotzdem ein Anstieg der Bevölkerung messbar war, lag an der Kompensation des  
14 Geburtendefizits durch stetige Zuwanderung.

15  
16 Dazu kommt, dass die Geburtenzahlen sich nach nationaler Herkunft,  
17 Familienstand & Bildungsstand richten. Laut Mikrozensus bleiben Deutsche  
18 häufiger kinderlos als Migrantinnen, Ledige häufiger als Verheiratete und  
19 Höhergebildete häufiger als Frauen mit niedrigem Bildungsniveau. Bei gut  
20 ausgebildeten Frauen lässt sich eine Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und  
21 dessen Erfüllung nachweisen.

22  
23 Der Staat transferiert im Vergleich mit anderen europäischen Industrienationen  
24 momentan viel Geld an Familien (Kindergeld, Mutterschaftsleistungen,  
25 Erziehungsgeld etc.). Diese Art der passiven Förderung genügt jedoch in vielen  
26 Fällen nicht als Anreiz, den Kinderwunsch zu realisieren. Es stehen andere  
27 Sorgen im Vordergrund: Die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf,  
28 sowie die Angst vor Einkommenseinbußen und dem Verlust an materieller  
29 Sicherheit. Auch das Leben in einer familienfeindlich erscheinenden Gesellschaft,  
30 in der es leichter ist, mit einem Hund statt einem Kind eine Mietwohnung zu  
31 bekommen, schreckt viele Frauen und Männer von der Familiengründung ab.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32

Trotz aller Förderung stellen Kinder zudem heute das größte Armutsrisiko in Deutschland dar. Davon besonders betroffen sind allein erziehende Mütter (allein erziehende Väter bilden in der Statistik nur einen vernachlässigbaren Anteil). Erschreckend ist, dass über 50% der allein erziehenden Mütter und deren Kinder auf Sozialhilfeniveau leben.

#### **74. Aufgabe des Staates**

**Der Staat muss Familienpolitik als Querschnittsaufgabe dahingehend betreiben,**

- dass einerseits dem demographischen Wandel Rechnung getragen, andererseits die Sicherung der Sozialsysteme gewährleistet wird. Dies kann sowohl durch einen verstärkten Anreiz zur Geburt von Kindern passieren, als auch durch eine gezielte Zuwanderung und Integration.

- dass die sozialen Sicherungssysteme so ausgestaltet werden, dass Kinder für Familien kein Armutsrisiko mehr bedeuten.

- dass die Erziehungsarbeit in der Gesellschaft als so hohes Gut angesehen wird, dass sich sowohl Männer als auch Frauen gleichermaßen daran beteiligen.

- dass er sicherstellen kann, dass die nachkommenden Generationen die Ressourcen und Fähigkeiten erwerben und erhalten, um ihre bevorstehenden Aufgaben zu bewältigen. Nur gut ausgebildete Menschen bekommen einen Arbeitsplatz, der es ihnen ermöglicht, ihren Beitrag zum Solidarsystem zu leisten.

- dass es eine Gesellschaft gibt, in der Kinder & Familien willkommen sind. Kinder gehören in die Mitte der Aufmerksamkeit und Fürsorge der Gesellschaft. Bei der Gestaltung der Lebenswelten muss die Perspektive der Kinder eine gewichtige Rolle spielen.

1 - dass sich jeder Mensch dazu verpflichtet sieht, das Solidarsystem zu  
2 unterstützen. Sei es durch Kinder, Pflegeverantwortung oder Geldleistungen.  
3

## 45. Forderungen

### 5.1 Familienpolitik ist Bildungspolitik

4 Kinder und Jugendliche müssen möglichst früh erreicht werden, um einer  
5 späteren Benachteiligung vorzubeugen. Neben einem breit angelegten  
6 Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder (und Rechtsanspruch auf  
7 Krippen- und Kindergartenplatz, Entbürokratisierung des Tagesmütersystems  
8 etc.) muss eine Pflicht zum (kostenlosen) Kindergartenbesuch ab dem 4.  
9 Lebensjahr eingeführt werden. Damit werden sprachliche und soziale  
10 Kompetenzen vermittelt, die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen  
11 Schulbesuch sind.  
12  
13

14  
15 Zwingend erforderlich ist die Lernmittelfreiheit (kein Büchergeld und keine  
16 Studiengebühren), sowie eine durchgehende Förderung.  
17

18 Um die Chancengleichheit zu verwirklichen, muss das gesamte  
19 Bildungssystem grundlegend geändert werden: Ganztageschulen, kleinere  
20 Klassen, bessere Förderungsmöglichkeiten, Abschaffung des dreigliedrigen  
21 Schulsystems etc. (→ siehe hierzu Juso-Antrag „Nicht vom Geldbeutel der  
22 Eltern“)  
23

### 5.2 Familienpolitik ist Sozialstaats- und Gesellschaftspolitik

24 Sozialpolitik ist eine Dienstleistung, die zum/r Bürger/in kommt. Hier gilt der  
25 Grundsatz: Die Dienstleistung folgt dem Menschen, nicht der Mensch der  
26 Dienstleistung. Der Staat muss sich deshalb auf die geänderten  
27 gesellschaftlichen Bedingungen einstellen und adäquat darauf reagieren.  
28  
29

30 Kinder sind unsere Zukunft! Kinder sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft!  
31 Die Gesellschaft muss wieder einen positiven Kinder- und Familienbegriff  
32 entwickeln und danach handeln. Dazu gehört die Schaffung bezahlbaren  
33 Wohnraums für Familien ebenso, wie die Verzahnung der Familien- und der

1  
2  
3  
4  
5  
6  
1 Arbeitsmarktpolitik. Mütter und Väter sollen einer sozial abgesicherten, und  
2 die Existenz ihrer Familien sichernden Erwerbsarbeit nachgehen können.  
3 Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Erhöhung der Frauenerwerbsquote  
4 und die Gleichstellung im Bereich der Löhne und Gehälter gerichtet werden.  
5 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und besserer Zugang zu Ein- und  
6 Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in der Arbeitswelt müssen erreicht werden.

7  
8 Die Einführung des Elterngeldes stellt keine grundlegende Verbesserung für  
9 Familien. Es ist zwar begrüßenswert, dass Familien für mindestens 10  
10 Monate nach der Geburt eines Kindes mit einem sicheren Einkommen rechnen  
11 können.

12 Dennoch löst das Elterngeld viele Probleme nur unzureichend.

- 13 - das Elterngeld wird mit 2:10 Monaten nur ungleich zwischen Vätern und  
14 Müttern aufgeteilt. Für Väter gibt es bei weitem nicht genügend Anreize,  
15 sich stärker an der Erziehung zu beteiligen.  
16 - Ein Ziel des Elterngeldes ist es, insbesondere Frauen mit hohem  
17 Bildungsniveau (vulgo: Akademikerinnen) vor der Kinderlosigkeit zu  
18 bewahren. Dieses Ziel dürfte durch die Einführung des Elterngeldes kaum  
19 erreicht werden: Denn für Frauen mit guter Ausbildung, in hochbezahlten  
20 Jobs, ist weniger die Einkommensverlust während der Familienphase ein  
21 Problem. Vielmehr müssen sie i. d. R. schneller als nach 10 Monaten  
22 wieder in den Beruf zurückkehren, da sich der Wissensstand in  
23 zahlreichen Berufen in immer kürzerer Zeit verändert.

24  
25 Neben einem familienfreundlichen Klima spielt für viele Eltern vor allem die  
26 Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle bei der Entscheidung  
27 für oder gegen Kinder. Aus diesem Grund müssen die Einrichtungen zur  
28 Kinderbetreuung (ausreichende Krippenplätze, Kindergärten besonders in  
29 Ballungszentren mit erhöhtem Bedarf) ausgebaut werden. Des Weiteren  
30 müssen die qualitativen Ansprüche an die Einrichtungen erhöht und  
31 vereinheitlicht werden.

32



1 Um Kinder besser vor Vernachlässigung, Misshandlung und/oder Missbrauch  
2 zu schützen, müssen verpflichtend ärztliche Untersuchungen (U1 – U9,  
3 Zahnarzt etc.) eingeführt werden. Ärzte und Ärztinnen sind im Gegenzug  
4 verpflichtet, Unregelmäßigkeiten zu melden und müssen bei Nicht-Beachtung  
5 auch zur Rechenschaft gezogen werden können. Die bereits bestehende  
6 gesetzliche Verpflichtung zur Anzeige bei Verdacht auf schwerwiegende  
7 Straftaten zum Nachteil des Kindes muss verschärft und besser kontrolliert  
8 werden.

9  
10 Dass die demographische Entwicklung nicht noch erschreckender aussieht,  
11 liegt an der Zuwanderung. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund haben  
12 aber meist schlechtere Bildungschancen, schlechtere Berufschancen und  
13 erhalten überproportional häufig Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe. Den  
14 besonderen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe muss Rechnung  
15 getragen werden. Die Zuwanderung für Familien sollte vereinfacht und  
16 sicherer gemacht werden. Außerdem müssen Eingliederungshilfen  
17 vereinfacht werden.

18  
19 Auch nicht-deutschen Bürgern und Bürgerinnen muss das Gefühl gegeben  
20 werden, ein Teil dieses Staates und dieser Gesellschaft zu sein.

21  
22 Sinnvollerweise sollten Elternkurse eingeführt werden, um Eltern zu helfen  
23 und zu stärken, damit sie ihre Erziehungsaufgabe in einer immer schwieriger  
24 werdenden Zeit erfüllen können. Inhalte dieser Elternkurse sollten sein:  
25 Erziehungsstile, Entwicklungsschritte von Kindern und Jugendlichen,  
26 Unterstützungsangebote, Aufgaben, Pflichten und Rechte der Eltern etc. Um  
27 auch nicht-deutsche Eltern zu erreichen, müssen die Kurse in verschiedenen  
28 Sprachen angeboten werden.

### 29 30 *5.3 Wirtschaftspolitik*

31 Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik müssen in erster Linie Anreize und  
32 Verpflichtungen geschaffen werden, die die Unternehmen veranlassen, ihre  
33 Strukturen familienfreundlicher zu gestalten. Ab einer gewissen

1 Betriebsgröße müssen Betriebskindergärten zwingend vorhanden sein,  
2 ebenso wie ausreichende Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit und zum Job-  
3 Sharing. Dabei ist zu achten, dass hierbei keine prekären Arbeitsverhältnisse  
4 entstehen. Die Arbeitszeitbedingungen für berufstätige Eltern müssen den  
5 familiären Anforderungen entsprechend modifizierbar sein, sei es durch  
6 Gleitzeit-Modelle oder die teilweise Nutzung eines ‚Office at Home‘.

7  
8 Auch das Steuersystem bedarf etlicher familienpolitischer Änderungen. Der  
9 Abbau bestehender bürokratischer Hindernisse, die Verbesserung der  
10 Wiedereinstiegssituation nach der Elternzeit und eine familienorientierte  
11 Personalpolitik sind denkbare Ansatzmöglichkeiten. Das oberste Ziel einer  
12 familiengerechten Steuerpolitik muss die Entlastung und Förderung von  
13 Familien sein.

14  
15 Das heutige Ehegatten-Splitting muss reformiert werden, weil es in keiner  
16 Weise akzeptabel ist, den Trauschein unabhängig von der tatsächlichen  
17 Versorgung von Kindern zu subventionieren. Dies muss jedoch in sozial  
18 verträglichen Schritten geschehen. Denkbar ist auch eine Anteilsregelung bei  
19 der Lohnsteuer, d.h. jeder Ehegatte zahlt nur so viel Lohnsteuer, wie es ihrem  
20 bzw. seinem Anteil am gemeinsamen Bruttolohn entspricht. Dadurch wird der  
21 geringer verdienende Partner – meist die Ehefrau mit Lohnsteuerklasse V -  
22 weniger belastet als beim derzeitigen Steuermodell.

## 23 24 **246 Zusammenfassung**

25  
26 Wir, die Jusos Oberbayern, fordern ein Umdenken in der aktuellen Politik und eine  
27 Rückbesinnung auf den eigentlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft durch eine  
28 aktive und engagierte Familienpolitik. Die sich ändernden demographischen  
29 Gegebenheiten und die schwierige finanzielle Lage müssen dabei berücksichtigt  
30 werden. Gleichzeitig aber dürfen die Familien als Mittelpunkt unseres  
31 gesellschaftlichen Lebens nicht ins Abseits gedrängt werden. Kinder verkörpern die  
32 Zukunft unseres Landes. Lassen wir die Kinder und ihre Eltern nicht im Stich und

1  
2  
3  
4  
5  
6



1versuchen wir, die Mentalität in Gesellschaft und Wirtschaft so zu ändern, dass  
2Familien in Deutschland willkommen sind.

3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15

1  
2  
3  
4  
5  
6

1Antragssteller: Bezirksvorstand

2Adressat: Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, Bundeskonferenz

3

4

5**WM 2006: Die Welt zu Gast im Knast?**

6

7Die Jusos Oberbayern fordern einen menschenwürdigen Umgang mit den  
8HauptakteurInnen des Fußballs – den Fußballfans! Leider lässt die bisherige Praxis  
9der Anwendung von Sanktionen seitens des Staates zu wünschen übrig. Ganz  
10normale Fußballfans – ohne Gewaltbereitschaft – werden mit StraftäterInnen  
11gleichgesetzt und in ihrer persönlichen Freiheit absolut eingeschränkt. Besonders  
12das Instrument der Gewalttäter Datei Sport besitzt in keinerlei Hinsicht eine  
13eindeutige rechtliche Regelung, wer in ihr geführt wird, sondern erfolgt häufig in  
14polizeilicher Willkür. Hier braucht es eine klare rechtstaatliche Grundlage mit einer  
15differenzierten Regelung, wer, wann und wie in diese Datei aufgenommen wird.  
16Deshalb soll diese willkürliche, eines westeuropäischen Rechtsstaates nicht würdige  
17Maßnahme abgeschafft und erst in einer differenzierten und für die betroffenen  
18Menschen rechtssicheren Form wieder eingeführt werden. Des Weiteren soll die  
19positive und erfolgreiche Arbeit der Fan-Projekte weiter ausgebaut werden, da nur  
20sie ausreichende Gewaltprävention gewährleisten und die Subkultur der Fußballfans  
21erhalten kann.

22Gerade bis zur anstehenden Fußball-WM in Deutschland, aber auch darüber hinaus  
23müssen hier erhebliche Verbesserungen erkennbar sein- das Motto muss lauten:  
24Integration statt Repression!

25

26Begründung erfolgt mündlich

27

29

30

31

1  
2  
3  
4  
5  
6



1Antragsteller: die Juso AG Germering und der Juso-Unterbezirke Fürstenfeldbruck

2Adressat: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos

3Bayern

4

#### 5**Reiche sollen mehr Steuern zahlen**

6

7Die Jusos unterstützen den offenen Brief mehrerer Vermögender Persönlichkeiten  
8wie des Literaturnobelpreisträger Günter Grass, der Autoren Erich Loest und Peter  
9Rühmkorf, der Wirtschaftsexperten wie Thilo Bode und Rudolf Hickel sowie der  
10Millionenerben Frank Hansen, Percy Rohde und Susann Haltermann, an die  
11designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel:

12

13In diesem wird kritisiert, dass im internationalen Vergleich in Deutschland Vermögen  
14am niedrigsten besteuert wird. Fasse man Grund-, Erbschaft-, Schenkung- und  
15Vermögensteuer zusammen, sei Großbritannien mit einem Anteil von 4,3 Prozent am  
16Bruttosozialprodukt Spitzenreiter der Belastung von Vermögen, wird in dem Brief  
17eine aus dem Jahr 2004 stammende OECD-Studie zitiert. Es folgten Frankreich mit  
183,3, die USA mit 3,2 und Japan mit 2,8 Prozent. Schlusslicht sei Deutschland mit nur  
190,8 Prozent.

20

21Die Jusos fordern daher die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich gegen  
22eine Erhöhung der Mehrwertsteuer während der Koalitionsverhandlungen und auch  
23darüber hinaus auszusprechen. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer belastet die  
24sozial schwächeren Schichten der Gesellschaft sowie Rentner und Arbeitslose  
25überproportional stark.

26

27Stattdessen muss es Ziel einer Sozialdemokratischen Politik sein, eine gerechtere  
28Besteuerung Vermögender von mindestens 4% des Bruttosozialproduktes zu  
29erreichen, um gegebene finanzielle Engpässe im Haushalt der Bundesrepublik  
30gerecht auf alle zu verteilen.

31Denn für die Sozialdemokratie muss auch zukünftig gelten: starke Schultern müssen  
32einen größeren Beitrag für die Finanzierung gemeinsamer Aufgaben leisten als  
33schwächere!

1  
2  
3  
4  
5  
6

1Antragsteller: Juso Unterbezirk München-Land

2Adressat: Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag,

3SPD-Bundestagsfraktion.

4

5**Bessere Finanzierung – für bessere Straßen.**

6

7Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

8

9Eine Privatisierung der Autobahnen lehnen wir ab.

10

11

12

13

14

15

16

1  
2  
3  
4  
5  
6

1Antragsteller: Juso Unterbezirk München-Land

2Adressat: Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag,

3SPD-Bundestagsfraktion

4

#### 5**Lkw-Maut ausweiten – Fernstraßen retten**

6

7Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

8

9Die bestehende Autobahnmaut für Lkw soll auch auf die übrigen Fernstraßen  
10ausgeweitet werden. Wenn möglich soll die Mautpflicht und die Höhe der Maut, die  
11sich aus den gefahrenen Kilometern errechnet, durch ein Mautsystem festgestellt  
12werden.

13Die SPD Bundestagsfraktion wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Ausweitung der Lkw-  
14Maut auf Bundes- und Landstraßen mithilfe des bestehenden Mautsystems möglich  
15ist.

16

17Begründung:

18

19Seit der Einführung der Autobahnmaut für Lkw, weichen immer mehr Lkw-Fahrer auf  
20Land- und Bundesstraßen aus. Durch die zusätzliche in Anspruchnahme dieser  
21Straßen entstehen Staus, die Anwohner werden noch stärker belastet und die  
22Straßen, die nicht für Fernverkehr ausgelegt sind, werden stark beschädigt. So  
23entsteht eine hohe zusätzliche finanzielle Belastung der jeweils zuständigen  
24Betreiber. Eine Ausweitung der Lkw-Maut auch auf die übrigen Fernstraßen  
25erscheint uns deshalb sinnvoll und zweckmäßig.

1  
2  
3  
4  
5  
6

## **1 Beschlossene Initiativanträge**

2

3Antragsteller: Martin Heigl, Johannes Hintermeier

4

5Faschismus ist keine Meinung – Nazis stoppen!

6Am 17.12.05 wollen die Nazis wieder gegen das selbstverwaltete Jugendzentrum in

7Dorfen demonstrieren. Dem werden wir als als Jusos Oberbayern kreativ Paroli

8bieten. Deshalb: Auf nach Dorfen!

9

10

11

12

13

14

15

16Antragsteller: Unterbezirk München Land

17

18Keine erfolgreiche politische Arbeit ohne Teilhabe

19Grundprinzip einer demokratischen Partei ist die demokratische Einbeziehung aller

20Gliederungsebenen in die politischen Entscheidungen und Prozesse. Ausfluss

21unseres demokratischen Verständnisses und der Meinungsvielfalt ist es deshalb,

22dass die Meinungsfindung und politische Arbeit innerhalb unseres Jugendverbandes

23bereits bei den „einfachen“ Mitgliedern beginnt. Die Ergebnisse dieser erfolgreichen

24und und für die Jusos prägenden politischen Arbeit auf Orts- und Unterbezirksebene

25werden als Anträge zur Beratung an die Bezirkskonferenz weitergeleitet.

26Ziel ist eine möglichst breite Beteiligung an der Diskussion über wichtige Themen,

27damit möglichst viele unterschiedliche Meinungen und Ansichten in den

28Entscheidungsprozess mit einfließen. Das ist unser Verständnis von Demokratie.

29Diese demokratischen Strukturen haben unseren Verband stark gemacht und

30letztlich seit über 100 Jahren zu erfolgreicher politischer Arbeit geführt.

31Der Vorstand wird deshalb beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass alle von der

32Bezirkskonferenz beschlossenen Anträge den jeweils in den Anträgen genannten

33Adressaten zugehen. Der/die Vorsitzende hat der Bezirkskonferenz darüber

34Rechenschaft abzulegen.